



In den Medien erscheinen die Gymnasien oft als elitäre Einrichtungen und pädagogische Idyllen, die von der rauen Wirklichkeit verschont bleiben und nichts mitbekommen von den Problemen der Gesellschaft. Wie häufig bei Berichten über das Bildungssystem wird bei einer solchen Beurteilung wenig differenziert und oft nicht sehr genau hingeschaut.

Im Gegensatz zur Situation in England oder in den USA, wo es private Schulen gibt, an denen gegen eine hohe Gebühr eine exzellente Bildung erworben wird, haben wir in Deutschland öffentliche Schulen, an denen (bei allen Problemen) ohne Schulgeld hohe Leistungen erbracht und vermittelt werden. Dieser Vorzug gerät in der Diskussion oft aus dem Blickfeld.

## Zur Zukunft des Gymnasiums

# Eine pädagogische und gesellschaftliche Sta

---

von GABRIELE BEHLER

---

**W**ir erleben es derzeit periodisch, wenn wieder einmal die Ergebnisse eines internationalen Vergleichs von Bildungssystemen und Schülerleistungen veröffentlicht werden: Es bricht geradezu eine kollektive Hysterie aus, oft medial aufgeladen, dabei selten seri-

ös und fachlich analysiert. Die Diskutanten sind sich im Regelfall darin einig, dass das deutsche Bildungssystem leistungsschwach, rückständig, ineffektiv, sozial ungerecht ist. Meist wird wenig differenziert, oft wird nicht sehr genau hingeschaut.

Und auch die Gymnasien bleiben davon nicht unberührt; in manchen Zeitungen erscheinen sie wie Dinosaurier, mit weltfremder Pädagogik, wie elitäre Einrichtungen, die als closed



Foto: ©PIXELIO/Stephanie Hofschläger

# nd ndortbestimmung

shops ungebetene Aufsteiger fernhalten, aber auch als pädagogische Idyllen, die von der rauen Wirklichkeit verschont bleiben und nichts mitbekommen von den wirklichen Problemen in der Gesellschaft.

Nun konnten sich in der Tat die Gymnasien mit den Ergebnissen der internationalen Leistungsvergleiche durchaus sehen lassen, aber manchmal habe ich den Eindruck, dass gerade das

ihnen dann zum Nachteil gereichen soll: Die Versuchung scheint groß zu sein, denen immer noch ein zusätzliches Päckchen aufzuerlegen, die die bisherigen Aufgaben gut bewältigt haben.

## ▣ Wo stehen wir heute?

Worauf müssen wir uns in den nächsten Jahren einstellen? Um diese Frage zu beantworten, will ich auf einige längerfristige Trends hinweisen: >

**Kinder und Jugendliche benötigen Erziehung und haben Anspruch darauf. Sie brauchen Fürsorge, Unterstützung, Orientierung, Ermutigung, eine Balance zwischen Raum geben und Grenzen setzen. Erziehung ist grundlegend für Bildung. Aber oft ist die Kultur des erhobenen Zeigefingers hier weit verbreitet.**

1. Zunächst einmal: Die gesamte Geschichte des deutschen Bildungssystems kann als eine Geschichte seiner tatsächlichen oder vermeintlichen Krisen erzählt werden. Wenn man die Literatur seit dem 19. Jahrhundert Revue passieren lässt, schwankte das System in der Wahrnehmung seiner jeweiligen Zeitgenossen offenbar von Krise zu Krise; insofern ist die heutige Diskussion nicht völlig untypisch. Das soll nicht vorschnell beruhigen, aber doch zur Gelassenheit bei mancher Aufgeregtheit mahnen.
2. Ein ganz wichtiger Trend seit zweihundert Jahren im Bildungssystem ist der der Professionalisierung. Sie bezieht sich ganz wesentlich auf den Berufsstand der Lehrerinnen und Lehrer und macht sich fest an der qualitativen Anhebung der Ausbildung bis hin zum Niveau der Universität. Zwar gab es an den alten Latein- oder Oberrealschulen nicht den aus der Armee entlassenen Unteroffizier, der mit einer Anstellung in der Schule im Alter versorgt wurde. Nein, an diesen Vorläuferschulen des Gymnasiums gab es schon eine fachliche Ausbildung, zu der eine pädagogische im Laufe der Jahrzehnte hinzukam.

Daraus erwuchs eine bis heute aktuelle Diskussion: Wie verhält sich eigentlich das Fachliche zum Pädagogischen? Hier liegt ohne Zweifel ein Spannungsverhältnis vor. Es war ein erheblicher Fortschritt, dass das Unterrichten nicht mehr nur als Nebenprodukt eines Fachstudiums angesehen wurde und gute Lehrer nicht mehr nur als Naturbegabung betrachtet wurden. Heute habe ich aber zunehmend den Eindruck, dass seitenverkehrt diskutiert wird: Eine Lehrerausbildung, die schon im Studium den Schwerpunkt auf

die Didaktik und die Unterrichtspraxis legt und den Aufwuchs von Fachlichkeit vom Kindergarten bis zur Hochschule missachtet, bringt keine besseren Lehrer hervor, entwertet aber die wissenschaftliche Ausbildung und gefährdet das fachliche Niveau des Unterrichts, einen Aspekt, auf den die Gymnasien zu Recht stets viel Wert gelegt haben und an dem sich – ebenfalls zu Recht – die Lehrer anderer Schulformen eher orientiert haben.

3. Am bekanntesten ist wohl zum dritten der langfristige Trend der sogenannten Bildungsexpansion, die in den sechziger Jahren des vorangegangenen Jahrhunderts geradezu explodierte, aber bereits im 19. Jahrhundert einsetzte. Von der sechsjährigen Volksschule für Jungen über die allgemeine Schulpflicht und einen Anteil von knapp unter vierzig Prozent von Jungen und Mädchen am Gymnasium – ein langer Weg.

Aus meiner Generation werden sich noch viele erinnern: Eine Fremdsprache für alle? Noch vor dreißig Jahren hoch umstritten; zehnjährige Schulpflicht? Noch vor dreißig Jahren revolutionär; Gymnasien für Mädchen? In meiner Kindheit die Ausnahme und wenn, dann das sogenannte Puddingabitur. Wer auf dem Lande lebte, hatte nur um den Preis eigentlich unzumutbarer Schulwege die Chance, ein Gymnasium zu besuchen. Das klingt heute wie die Geschichte aus uralten Zeiten. Und es kommt wohl niemand mehr heute auf die Idee, das Gymnasium wieder den fünf Prozent eines Jahrgangs vorbehalten zu wollen, deren Eltern auch schon das Abitur hatten und den anderen zu sagen: Ihr gehört hier eben nicht hin.

Das Gymnasium hat sich in den vergangenen Jahren in einem Ausmaß geöffnet, wie es kaum jemand vor vierzig Jahren geglaubt hätte. Dies ist mir besonders wichtig, zeigt es doch, dass es auch eine erhebliche gesellschaftliche Integrationsleistung vollbracht hat. Wir haben eben nicht, wie in England oder den USA, einige private Schulen, an denen gegen eine hohe Gebühr eine exzellente Bildung erworben wird, sondern wir haben öffentliche Schulen, an denen (bei allen Problemen) ohne Schulgeld hohe Leistungen erbracht und vermittelt werden. Dieser Vorzug gerät jedoch nach meinem Eindruck schleichend aus dem Blickfeld: Wenn daneben und nach und nach immer mehr Schulen erlaubt werden, die Bildung und Schulabschlüsse zur Ware machen und gegen Geld anbieten, verlieren auch unsere Gymnasien auf Dauer ihren Charakter, auch ihre gesellschaftliche Akzeptanz. Davor möchte ich heute warnen.

4. Jetzt komme ich zu einem etwas sperrigen Begriff: Wir haben seit dem 19. Jahrhundert in Deutschland einen unbestreitbaren Trend zur Normierung. Welcher Abschluss wird wie auf welchem Wege anerkannt? Das ist für viele unüberschaubar. Aber auch hier hilft der Blick in die Geschichte. Im Vergleich zu früheren Zeiten ist heute das System damit nicht unüberschaubarer, sondern einheitlicher geworden. Der Staat hat bis heute eine Gewährleistungsfunktion übernommen und übernimmt sie – noch. Was heißt das praktisch? Er garantiert, dass jemand mit dem Abitur studieren darf, wenn Studienplätze vorhanden sind. Aber keine Unversität, die freie Plätze hat, darf einfach sagen: Dieses Abitur erkenne ich nicht an, von jener Schule will ich keine Absolventen. Der Staat hat auch festgelegt, dass mit einem Abitur die allgemeine Hochschulreife vergeben wird, und nicht eine eingeschränkte. Das heißt, die Abiturienten können aus den

verschiedenen Fachrichtungen an der Hochschule auswählen. Im Gegenzug muss der Staat definieren, was denn allgemeine Studierfähigkeit heißt, und er muss auch kontrollieren, dass diese Standards eingehalten werden.

Hier gab und gibt es durchaus Mängel, und die Kontrolle der Standards war und ist nicht sehr beliebt in den Schulen. Und deshalb ist es sehr verführerisch, Schulaufsicht so zurückzufahren, dass sie letztlich diese fachlichen Aufgaben nicht mehr wahrnehmen kann. Wenn diese Tendenz anhält, wird das unsere Schulen, gerade auch unsere Gymnasien, erheblich verändern. Dann können sie nämlich ihren gemeinsamen Leistungsanspruch auf Dauer nicht halten.

5. Mit dem vierten hängt der fünfte Punkt eng zusammen: Bis in die neunziger Jahre des 20. Jahrhunderts hinein kannten Schulen eine überbordende Staatlichkeit. Der Staat setzte Vorgaben, arbeitete mit den Instrumenten der Gesetze, der Verordnungen, der Erlasse usw. Vieles wurde von oben herab und dann sehr kleinteilig geregelt. Beispiele: Darstellung der polnischen Westgrenze in Schulatlanten, Lehrereinstellungsverfahren, dreibändige Richtlinien für das Fach Sport ...

Auch die gesamte politische Diskussion kreiste um diese staatlichen Vorgaben. Entscheidend war aber, dass darüber kaum in den Blick geriet, was denn die Ergebnisse eines so geregelten Schulbetriebs waren. Und Varianten, individuelle Ausprägungen waren nicht gewollt.

## > Siegeszug der selbstständigen Schule

Vor diesem Hintergrund erlebte die Idee der selbstständigen Schule einen Siegeszug. Diese Idee war zwar aus den reformpädagogischen Traditionen sehr viel länger bekannt, sie wurde jetzt aber zum Inhalt, zur programmatischen Ausrichtung staatlichen Handelns unabhängig von den politischen Vorzeichen der einzelnen Länder, wenn auch in unterschiedlicher Intensität. Größere Selbständigkeit bei Unterrichtsinhalten oder bei der Bildung von Lerngruppen, Eigenständigkeit im Profil, Auswahl des Personals – das waren Beispiele, an denen man diese Idee festmachen kann. Die meisten Gymnasien begriffen das schnell als Chance, für die eigene Profilierung, für die Unterstützung am Ort, für das Schul- und damit das Lernklima, für selbstständiges Lernen ....

Ich halte das weiterhin für den richtigen Weg, richtig, weil unterschiedliche Stärken ausgebildet werden können, denn nicht jede Schule kann alles gleich gut, richtig auch, weil hier ein bisschen Konkurrenz belebend wirkt, richtig auch für das Binnenklima einer Schule mit solch unterschiedlichen Beteiligten, den Persönlichkeiten der Lehrer, dem Zusammenwirken mit Eltern, und vor allen Dingen den Schülerinnen und Schülern.

Ich kann mir auf längere Sicht gut vorstellen, dass die einzelne Schule ihr eigenes Budget auch in Personalangelegenheiten selbständig bewirtschaftet, dass sie in der Binnenorganisation alle erdenklichen Freiheiten hat – vorausgesetzt, die Standards stimmen nachweislich.

Ich wünsche mir für diese Entwicklung jedoch einen geordneten Prozess mit klaren Unterstützungs- und Hilfsstrukturen. Sonst ist er nicht nur unwirtschaftlich und widersprüchlich, sondern auch nicht zumutbar. Es muss schon klar sein, dass nicht anstelle eines Dezernenten jeder Schulleiter für sich die- >

selbe Arbeit macht, es muss dann auch Verwaltungsunterstützung in die Schule usw.

Gelingt ein solcher Entwicklungsprozess, profitieren alle Beteiligten.

So weit so gut. Und dann könnte man sich ja beruhigt zurücklehnen.

## ► Gymnasium – weniger selektiv als andere Schularten

In der Tat: Das Gymnasium ist heute nicht mehr die hochselektive Eliteschulform der fünfziger und sechziger Jahre, die nur herzlose und altväterliche pädagogische Konzepte vertritt. In Nordrhein-Westfalen ist derzeit das Gymnasium die Schulform, die deutlich geringere Selektionsquoten als die Realschule und die Hauptschule hat. Das Schulklima und die Zufriedenheit der Schülerinnen und Schüler werden im Regelfall sehr gut beurteilt, und bestimmte gymnasiale Traditionen feiern unter veränderten Perspektiven eine fröhliche Wiederauferstehung. Dazu gehört zum Beispiel die lange geschmähte fachliche Schwerpunktsetzung der unterrichtlichen Arbeit an den Gymnasien.

Trotzdem: Bundesweit ist das Schulsystem, und mit ihm die Gymnasien, in der Diskussion. In allen Ländern der Bundesrepublik ist der Grundsatzstreit um Schulstrukturen in der Nachfolge der PISA-Diskussionen erneut entbrannt.

Ich habe sehr interessiert diese Diskussionen in Hamburg verfolgt: Dort gab es ein Volksbegehren um 'Eine Schule für alle'; bei Ablauf der Frist hatten die Initiatoren die gesetzlich vorgegebene Stimmenzahl nicht erreicht, um die Gymnasien in einem integrierten Schulsystem aufgehen zu lassen. Das hat mich nicht überrascht.

Ich warne aber davor zu meinen, so erledige sich das Thema. Kürzlich las ich beispielsweise in meiner heimischen Zeitung einen Bericht über den Bundeskongress der evangelischen Schulen: »Das deutsche Gymnasium ist eine Bastion, die eine Ständegesellschaft aufrecht erhält.« (Prof. Werning) und Oberkirchenrat Frank von der EKD wurde mit den Worten zitiert: »Unser Ziel muss es sein, die Schüler so lange wie möglich zusammen zu lassen.«

Sie wissen vielleicht: Ich persönlich meine auch, dass wir auf Dauer nicht daran vorbeikommen, auch in der Schulstruktur Konsequenzen zu ziehen – ich will aber an unsere guten Traditionen anknüpfen und sie nicht über Bord werfen.

## ► Hamburger Primarschule – ein Irrweg!

Es sei mir noch einmal erlaubt, den Blick nach Hamburg zu richten: Bekanntlich gibt es dort keine SPD-Regierung, auch keine hessischen Verhältnisse.

Die schwarz-grüne Regierung hat beschlossen, die Klassen fünf und sechs der weiterführenden Schulen den Grundschulen zuzuschlagen, mit der Begründung, längeres gemeinsames Lernen sei der richtige Weg, um die in der Tat skandalös enge Kopplung von Schulerfolg und sozialer Herkunft zu lockern. Laut Presseberichten war das auch Forderung der FDP bei den Verhandlungen mit der CSU in München; SPD und Grüne setzen eh auf die Auflösung der Schulformen.

Der Hamburger Weg erfährt viel Sympathie in den Medien, und vielerorts höre ich, das sei doch ein guter Kompromiss zwischen konservativem Leistungsanspruch und sozialer Pädagogik.



► Gabriele Behler, ehemalige nordrhein-westfälische Schulministerin (SPD).

Ich halte das für den falschen Weg. Leistung und soziale Gerechtigkeit sind kein Gegensatz, und sie beide dürfen auch nicht als Gegensatz verstanden werden. Auch die Prognosesicherheit wird nach dem sechsten Schuljahr nicht viel höher, der Zusammenhang von Herkunft und Schulabschluss wird dadurch nicht gelockert, dafür kostet er aber erhebliche Verwerfungen im System und ungeheuren Kraftaufwand bei der Durchsetzung, den ich lieber in sinnvolle Unterrichtsentwicklung investiert hätte. Nur als Beispiel: Den Französisch- oder Lateinunterricht, der ja in Klasse sechs beginnt nach der bundesweiten Verkürzung der Schulzeit an Gymnasien, übernehmen dann an die Grundschulen abgeordnete Lehrer von Gymnasien.

Gleichzeitig zeigt mir das Hamburger Beispiel, wie schnell das angeblich wichtigste Politikfeld anderen Zielen geopfert wird. Heike Schmall hat dies in der FAZ mit der Formulierung: »Verflachung der Schule für Vertiefung der Elbe« auf den Punkt gebracht.

Und deshalb beschränke ich mich hier auf die Warnung vor einem solchen Weg. Mindestens die rechtzeitige Entwicklung von Konzepten auch für die Zeiten des Schülerrückgangs dürfen und sollten Sie jedoch und gerade deshalb einfordern!

## ► Herausforderungen für das Gymnasium

Und damit komme ich zu einigen Herausforderungen an die Gymnasien in Gegenwart und Zukunft:

1. Die wichtigste, ich habe sie eben bereits gestreift: Die enge Verkopplung von sozialer Herkunft und Bildungserfolg ist ein Thema gerade auch für Gymnasien. Chancengleichheit wird nicht bedeuten können: Alles für jeden. Aber sie muss bedeuten, allen den Zugang zu den Wissensstandards und zu einer eigenständigen, ausbaufähigen Lernkompetenz zu gewährleisten, für alle den Weg zu qualifizierter Bildung und Weiterbildung offen zu halten, für alle durchlässige Brücken zwischen den verschiedenen Abschlüssen und Bildungsgängen zu bauen und schließlich auch allen eine 'zweite Chance' einzuräumen.

Ich führe jetzt nicht all das aus, was in anderen Kontexten zu leisten ist: frühkindliche Förderung, Sprachförderung vor und in

der Schule, Ganztagsangebote usw. – all das ist im Grundsatz ja auch nicht umstritten.

Aber auch Gymnasien müssen sich bei Leistungsdefiziten von Kindern und Jugendlichen stärker fragen, wie sie diese beseitigen können und nicht nur die Bringschuld bei Kindern und ihren Eltern sehen.

Migrantenförderung ist eine Aufgabe der Gymnasien, sie können nicht darauf warten, dass sie die auf das Gymnasium hin vorgeförderten Kinder handlich zugerichtet geliefert bekommen. Um nicht missverstanden zu werden: Das geht nicht um den Preis der Absenkung von Leistungsanforderungen. Es geht darum, diese Leistungsanforderungen auch zu realisieren.

Auch die Ganztagschule wird kommen müssen, wir wissen aus allen Untersuchungen, dass anreizarme oder reizüberflutende Lebensmilieus sonst nicht hinreichend ausgeglichen werden können. Und gerade aus diesem Grund ist es wichtig, dass der schulische Raum nicht abgeschlossen ist, sondern durch Kooperationen pädagogisch sinnvoll angereichert wird. Die intellektuelle, aber eben auch kommunikative und soziale Funktion von Sport und Musik kann dabei gar nicht hoch genug veranschlagt werden.

Man kann das alles unter der Überschrift der erweiterten individuellen Förderung sehen. Ohne meine Grenzen überschreiten zu wollen wünsche ich dabei ein Mehr an systematischer, inhaltlicher und materieller Unterstützung. Ohne diese wird diese Gesellschaft bei einem ihrer drängendsten sozialen Probleme nicht erfolgreich sein können.

2. Erzieherische Fragen, oft auch Probleme, überlagern in anderem, vermutlich weitaus stärkerem Maße als in früheren Jahrzehnten die schulische, die unterrichtliche Arbeit. Das kann nicht negiert werden.

Kinder und Jugendliche benötigen Erziehung und haben Anspruch darauf. Sie brauchen Fürsorge, Unterstützung, Orientierung, Ermutigung, eine Balance zwischen Raum geben und Grenzen setzen, das Vorbild der Erwachsenen, Ermutigung und Anleitung. Erziehung ist grundlegend für Bildung.

Aber die Kultur des erhobenen Zeigefingers ist hier weit verbreitet.

Dazu kommt: Die 'Pluralisierung der Lebensstile' erlebt man in jeder Elternversammlung, Eltern und Lehrer haben oft schon jeweils untereinander völlig unterschiedliche Auffassungen, Konsensbildung ist oft schwierig. Dabei mag auch noch nachwirken, dass wir in Deutschland emanzipatorische Werte lange konfrontativ zu klassischen Sekundärtugenden diskutiert haben.

Das hat sich nach meinem Eindruck in der Theorie erledigt, kein Mensch meint mehr ernsthaft, Pünktlichkeit sei unwichtig, Ordnung müsse nicht gelernt werden. Eher geht es um die Frage, wie intensiv und mit welchen Methoden dies zu vermitteln sei. Das kann und soll meines Erachtens an der jeweiligen Schule mit unterschiedlichen Akzenten festgelegt werden. Ich bin sehr dafür, dass Schulen ihr erzieherisches Programm formulieren, das heißt, Schulleitung, Lehrer, Eltern, und altersangemessen auch Schüler. Dies Programm muss auch klare Re-

geln umfassen, einschließlich der Sanktionen, die bei Regelmisssachtungen greifen.

Nun sind unsere Schulen aber einem hohen Anspruch an Veränderungen in vielen 'harten' Bereichen ausgesetzt. Durch die politische Orientierung auf die Qualitätsentwicklung von Schule und Unterricht stehen Erziehungsfragen zum Beispiel im Rahmen der Schulentwicklungsarbeit immer wieder in einer gewissen Konkurrenz zu Unterricht. Und das kann durchaus zur Vernachlässigung von erzieherischem Selbstverständnis und Handeln führen. Ich habe allerdings den Eindruck, dass diese Gefahr zumindest im Bewusstsein der meisten Schulen gesehen wird.

Ich beobachte aber auch das Gegenteil: Die Formel 'Schule ist mehr als Unterricht' richtete und richtet sich aus einer reformpädagogischen Position heraus gegen eine einseitig kenntnis- und fähigkeitszentrierte Schule. Inzwischen gibt es jedoch schon ernst zu nehmende Hinweise darauf, dass der erzieherische Auftrag abgespalten wird vom Kern der Schule, dem Unterricht, und dann dazu verleitet, den Unterricht und seiner Ergebnisse zu vernachlässigen. [Tatsächlich gibt es problematische Verarbeitungen einer solchen Erziehungsorientierung der Schule. Für eine bestimmte schwierige Schülerklientel müsse »erst einmal durch Erziehung das notwendige Fundament gelegt werden«, bevor ein gezielter Unterricht beginnen könne; Wissen und fachliche Fähigkeiten hätten bei 'Problemkindern und -jugendlichen' einen geringeren Stellenwert als die Stärkung der Persönlichkeit.] Wenn dies dann noch gehäuft in bestimmten Schulformen oder Regionen oder Stadtteilen auftaucht, verfestigt es sich leicht zu einer Schulkultur, die ihren Bildungsauftrag aus den Augen verliert.

3. Eine verwandte Problematik stellt sich bei den berühmten Schlüsselqualifikationen. Der Arbeitsmarkt fordert Sozialkompetenz von Schulabgängern, und Gruppenarbeit ist nicht mehr sozialistische Nivellierung. Didaktik wird in einer Gesellschaft des lebenslangen Lernens eine gefragte Disziplin, und auch am angeblich doch rein fachlich orientierten Gymnasium stehen Schlüsselqualifikationen hoch im Kurs. So weit, so gut.

Dabei hat die These an Einfluss gewonnen, dem Schüler müssten eigentlich nur einige wenige, vielfach und vielfältig nutzbare Qualifikationen wie etwa effektives Planen, Kommunikationstechniken, sprachliche Fertigkeiten und generelle Problemlösestrategien sowie Know-how im Umgang mit elektronischen Medien beigebracht werden. Das weitere Lernen könne der Schüler dann schon selbst besorgen – schließlich wisse er, wie er alle benötigten Informationen aus Datenbanken blitzschnell abrufen und bei der Bewältigung beliebiger Aufgaben wirksam nutzen kann. Hätten Schulabsolventen darüber hinaus noch das Lernen gelernt, so hätten sie ein umfassend einsetzbares kognitives Rüstzeug zum Wissenserwerb. Nicht Inhalte, sondern ausschließlich Methoden sollten deshalb in den Schulen der Zukunft gelehrt und gelernt werden. Das heißt: »An die Stelle des mühsamen Wissenserwerbs sollte die Vermittlung von Schlüsselqualifikationen, Medienkompetenzen und Lernstrategien treten.« »Der 'kompetente Schüler' braucht weder Schulen noch Lehrer, sondern weiß – wenn man ihm nur die Freiheit dazu gibt – selbst am besten, was er wie lernen sollte.« (Zitat nach Franz Weinert)

Lehrer könnten sich dann künftig nur noch als Moderatoren autonomer Lerngruppen verstehen. Welch ein Irrglaube, der die Ziele schulischer Bildung mit deren individuellen Voraussetzungen verwechselt! Kognitive Psychologie und Expertiseforschung haben inzwischen überzeugend nachgewiesen, dass Lernen, Problemlösen und die Verarbeitung inhaltspezifischer Informationen keineswegs nur von allgemeinen 'Schlüsselqualifikationen' abhängen. Entscheidend sind vielmehr die Kenntnisse, die ein Schüler in dem betreffenden Wissensgebiet angesammelt hat und geistig 'verfügbar' hält.

Globale Unterrichtsentwicklungskonzepte, zum Beispiel nach Klippert, das vor allem von der Bertelsmann-Stiftung propagierte Konzept des 'cooperative learning' – das sind keine Patentlösungen für zu Recht kritisierte Unterrichtskulturen. So entstehen eher Moden, die zu überflüssigen Irrwegen verleiten könnten.

Enttextlichung und Entfachlichung führen eben nicht zu besseren Schlüsselqualifikationen oder höherer Sozialkompetenz. Kompetenz ohne Wissen gibt es nicht, und Grundanforderungen an Bildung sind nicht beliebig ersetzbar. Leistung ist keine Spielerei, und Anstrengung ist gefragt.

4. Befreiung von staatlicher Bevormundung – wer wollte das nicht? Lehrer allzumal! Konkret gemeint ist dann oft die Abkehr von regelhaften Verfahren, bei disziplinarischen Maßnahmen ebenso wie bei der Notengebung, bei der Standardsicherung wie bei der Personaleinstellung. Da macht ein Mythos die Runde: der Mythos der Entbürokratisierung. Lehrer wären angeblich gerne bereit, noch viel mehr zu unterrichten, wenn bloß die Vorschriften nicht wären, Eltern beklagen angeblich die Fülle von Gesetzen, die ihnen die Schullaufbahn ihrer Kinder erschweren, Erziehungsprobleme wären leichter zu beheben, wenn es keine Verfahrensvorschriften gäbe.

Richtig ist: Wir haben etliche Verfahrensvorgaben, die kein Mensch mit gesundem Menschenverstand versteht. Viele davon sind allerdings durch Verwaltungsgerichtsverfahren erzwungen worden. Da herrscht oft eine eigene Logik.

Richtig ist aber auch: Rechtliche Setzungen gibt es oft sehr detailliert für das Zusammenwirken von Lehrern, Eltern, Schülern, Schulleitungen. Hier kann und soll man Freiräume vergrößern. Aber Vorsicht: Wollen wir wirklich zurück zu Zeiten, in denen für die Schulen das 'besondere Gewaltverhältnis' galt und es deshalb für Schüler und Eltern keinerlei Verfahrens- und Rechtssicherheit gab? Dieser Aspekt scheint mir in der Diskussion bisher unterentwickelt zu sein. >



## „Wir wollen lernen!“

Die Volksinitiative „Wir wollen lernen“ wurde gegründet, um zu verhindern, dass Kinder und Eltern zum Spielball der Parteien werden. Unsere Kinder brauchen wieder Ruhe im Schulsystem. Reformen müssen sorgfältig und in Absprache der Betroffenen geplant werden. Autonomie hat in der Schulpolitik nichts zu suchen!

### Das sollten Eltern wissen:

Die im Koalitionsvertrag beschlossene Einführung der „Primarschule“ hat viele Nachteile für ihre Kinder.

#### ■ Bildungschancen werden beschnitten

Als Folge der Verkürzung der weiterführenden Schulzeit um zwei Jahre (= Klassen 5 und 6) ist ein deutlicher inhaltlicher Qualitätsverlust zu befürchten. Das ist besonders bedauerlich, da gerade die Hamburger Gymnasien in der PISA-Studie herausragende positive Ergebnisse erzielt haben und nachweisbar besser als alle anderen Schulformen zur Integration beitragen.

#### ■ Primarschulmodell verstärkt Lernunterschiede

Die Ergebnisse ähnlicher Experimente in Niedersachsen und Berlin zeigen: „Die sechsjährige Grundschule erhöht die Lernrückstände der schwächeren Schüler und hemmt die Entwicklung der stärkeren Schüler.“

#### ■ Entmündigung der Eltern

Das Elternwahlrecht wird abgeschafft. Im neuen Schulsystem entscheidet allein die Zeugniskonferenz über die Schulkarriere der Kinder ab Klasse 7.

#### ■ Entscheidung über die Schullaufbahn schon vor der Einschulung

Da in den „neuen“ Primarschulen bereits auf bestimmte Profile der weiterführenden Schulen hingearbeitet werden soll, müssen Eltern in Zukunft bereits bei der Einschulung darüber entscheiden, welche Schulform für ihr Kind die richtige ist (vorausgesetzt, das Angebot ist im Stadtteil überhaupt vorhanden).

#### ■ Schulwechsel wird in die Pubertät verschoben

Die Pubertät ist für alle SchülerInnen und Schüler schwer genug. Es ist unverantwortlich, den für die Zukunft bedeutsamen Schulwechsel ausgerechnet in diese Phase zu verschieben.

#### ■ Hamburg droht der „Reform-Infarkt“

Hamburg hat derzeit 3 schulpolitische Bausteine: den Doppeljahrgang, die Erhöhung der Profioberstufe und den Start der Stadtteilschulen. Für alle diese Projekte gibt es keine zusätzlichen Mittel. Dem Hamburger Schulsystem droht der „Reform-Infarkt“, wenn das Schulsystem jetzt zusätzlich und lächelnd mit einer vorschneitenden, weiteren Strukturform zur „Grillbaustelle“ erklärt wird.

■ Die schwarz-grüne Regierung in Hamburg hat beschlossen, die Klassen 5 und 6 der weiterführenden Schulen den Grundschulen zuzuschlagen. Dagegen wehrt sich zum Beispiel die Initiative 'Wir wollen lernen', die bereits genügend Unterschriften für die erste Stufe zur Erreichung eines Volksbegehrens gesammelt und dem Hamburger Senat vorgelegt hat.



## ERFOLGREICH WERBEN MIT DEM DPHV-VERLAG



Informieren Sie sich über  
Erscheinungstermine und  
Verbreitungsgebiete.

Laden Sie sich Anzeigen-  
preislisten als PDF-Down-  
load auf Ihren Rechner.

Ermitteln Sie für Ihre  
Anzeige den Titel mit  
dem größtmöglichen  
Nutzen.

Bei weiterreichenden  
Fragen nehmen Sie bitte  
Kontakt mit unserer  
Anzeigenakquisition oder  
unserer technischen  
Abteilung auf.

Zur Datenübermittlung  
stehen Ihnen neben dem  
herkömmlichen E-Mail-  
Versand eine Leonardo-  
ISDN- sowie eine Fritz-  
ISDN-Leitung zur Ver-  
fügung.

Diese und viele weitere  
Informationen erhalten  
Sie auf unserer Website.



[dphv-verlag.de](http://dphv-verlag.de)

Misstrauen ist gegenüber all denen angebracht, die ein Paradies der Übersichtlichkeit um den Preis der Rechtssicherheit in Aussicht stellen. Eine komplexe Welt wie die unsere bleibt auch in der Schule komplex.

- Schulen und Hochschulen haben sicherlich eine wichtige und immer wichtiger werdende 'Zulieferfunktion' für die Wirtschaft und für den Arbeitsmarkt. Es geht um beruflich- 'praktische' Qualifikationen, Kompetenzen und Fähigkeiten – aber nicht nur! Wer sich darauf beschränkt, instrumentalisiert Bildung, reduziert sie auf ihre tatsächliche oder vermeintliche Nützlichkeit. Es geht auch um die Teilhabe an Kultur und Kunst, Politik und Gesellschaft und um die Auseinandersetzung mit Umwelt und Natur. Bildung zielt auf den ganzen Menschen in all seinen Lebensbezügen und in all seinen geistigen, körperlichen und gesellschaftlichen Beziehungen zu Anderen.

Dazu zählt nach meinem Verständnis die Auseinandersetzung mit den Grundlagen unserer Gesellschaft und mit gesellschaftlichen wie individuellen Werten. Dazu gehören Einblicke in fremde Welten, da ist Literatur, da ist Musik – auch zur Vergewisserung über sich selbst – unverzichtbar. Wie will ich Rationalität und Aufklärung als Methode und als Ziel in dem Diskurs über den Islam und mit Muslimen einfordern, verankern, erreichen, wenn ich auf eine kulturelle Bildung verzichte oder sie nur instrumentell wertschätze?

Wir haben in den letzten Jahrzehnten alle denkbaren Stimmungslagen schon erlebt: Das Jammern auf hohem Niveau und die bildungspolitische Tristesse, den euphorischen Aufbruch, die Zuversicht, auf dem richtigen Weg zu sein, die Enttäuschungen über Fehlschläge, die Ungeduld und die Überforderung.

### ■ Schutzraum für Schüler notwendig!

Wenn heute bildungspolitische Fragen, die eigentlich Fachfragen sind, von Parteien usurpiert werden, um ein Auseinandersetzungsfeld zu haben, dann wird dieser Prozess selbst zum größten Entwicklungshindernis. In Wirklichkeit haben wir in der Bundesrepublik seit etwa zehn Jahren eine relativ breite Übereinstimmung zwischen den Bundesländern, und die Diskussionen auf der Fachebene werden in aller Regel sachbezogen und ergebnisorientiert geführt. Das aber wird in der politischen Wirklichkeit der jeweiligen Länder nicht zugelassen, weil jedes politische Lager hier ein emotionalisierendes und deshalb erfolgsträchtiges Thema sieht. Notwendig wäre hingegen ein fachlich geschützter Raum für unsere Schulen, in dem nachhaltig wirkende Veränderungen entwickelt und systematisch ausgebaut werden können.

Das ist auf den ersten Blick ein Plädoyer für Politikerferne. Aber hier könnte ein politisches Paradox zum Tragen kommen: Ich bin davon überzeugt, dass nur auf diese Weise Bildungspolitik ihren schleichenden Legitimationsverlust überwinden kann. Und deshalb ist das Plädoyer für Politikerferne in der Bildungspolitik in Wirklichkeit ein Plädoyer dafür, Fachkompetenz in der Fachpolitik durchzusetzen. Das kommt der Bildungspolitik und den Schulen zugute und nutzt damit der Gesellschaft, den Kindern und Jugendlichen, für die ja eigentlich Schulen und Politik da sind.

EH

Quellenangabe: Geringfügig gekürzte Fassung eines Vortrages der ehemaligen Schulministerin von Nordrhein-Westfalen vom 17. Oktober 2008 in Lindlar.